LANDTAG DES SAARLANDES
17. Wahlperiode

Drucksache 17/1858
06.11.2025

A N T R A G

der SPD-Landtagsfraktion
der CDU-Landtagsfraktion

betr.: Geschlechtersensible Medizin konsequent weiterdenken – Versorgung, Vergütung von Leistungen sowie Forschung zu Endometriose und frauenspezifischen Erkrankungen strukturell verbessern

Der Landtag wolle beschließen:

Krankheiten äußern sich bei Frauen oft anders, sie verlaufen anders – und werden zu häufig zu spät erkannt. Die medizinische Forschung berücksichtigt geschlechtsspezifische Unterschiede nach wie vor nicht ausreichend. Frauen sind in klinischen Studien unterrepräsentiert. Es fehlen systematische Daten, etwa zu frauenspezifischen Erkrankungen wie Endometriose.

Dabei ist Endometriose alles andere als selten: manche Beobachtende gehen von einer Betroffenheit von 10-15 Prozent aus. Die Erkrankung äußert sich häufig durch chronische Unterleibsschmerzen, kann zu jahrelangem Leiden bis hin zur Unfruchtbarkeit führen. Dies ist auch arbeits- und wirtschaftspolitisch relevant, etwa durch Arbeitsausfälle. Die Diagnose dauert häufig viele Jahre – eine Zeit voller Unsicherheit und fehlender Hilfe.

Im Saarland wurden bereits wichtige Schritte für eine bessere geschlechtersensible Gesundheitsversorgung gemacht. Dazu zählen etwa das Zentrum für geschlechtsspezifische Biologie und Medizin, die Einbeziehung des Themas in die saarländische Gleichstellungsstrategie sowie die Einrichtung eines spezialisierten Endometriosezentrums in Homburg. Der Landtag hat am 19. März 2025 das Thema aufgegriffen und wichtige Beschlüsse gefasst (Drucksache 17/1430_NEU). Es braucht eine bundesweite Kraftanstrengung, um die strukturelle Benachteiligung frauenspezifischer Erkrankungen in der medizinischen Versorgung zu überwinden.

Ausgegeben: 06.11.2025

In der Folge hat der Ausschuss für Arbeit, Soziales, Frauen und Gesundheit beschlossen, eine Anhörung mit Betroffenen, Fachleuten und Selbsthilfeorganisationen zum Thema „Endometriose im Fokus: Perspektiven aus Praxis, Forschung und Betroffenenleben" durchzuführen. Dabei bekamen zahlreiche Akteurinnen und Akteuren die Möglichkeit, sich zu äußern und Ideen einzubringen.

Nun gilt es, konkrete Schritte folgen zu lassen – auch über das Saarland hinaus. Wir wollen Frauengesundheit und Endometrioseversorgung im Saarland stärken und gleichzeitig Impulse für eine nationale Strategie geben.

Der Landtag begrüßt ausdrücklich, dass die Bundesregierung mit bis zu 22 Mio. Euro Vorhaben aus der Grundlagen- und klinischen Forschung fördert, die ein besseres Verständnis der Entstehung und unterschiedlichen Ausprägung der Erkrankung erbringen sollen. Daraus sollen sich Ansätze für die Verbesserung der Prävention, Diagnose und Therapie ableiten lassen - mit dem Ziel, die Versorgung der Betroffenen nachhaltig zu verbessern.

Nach Vorliegen erster Ergebnisse sollte eine nationale Endometriose-Strategie auf den Weg gebracht werden. Die Nationale Endometriosestrategie soll sich damit befassen, wie die Versorgung von Endometriose-Patientinnen bundesweit verbessert werden kann, etwa durch den Aufbau und die Finanzierung zertifizierterEndometriosezentren, die Einführung eines Disease-Management-Programms (DMP) sowie eine bundesweite Aufklärungskampagne, die auch Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber einbezieht. Die Strategie soll Vergütungsfragen klären, um eine faire Finanzierung für Diagnostik und Behandlung sicherzustellen, eine nationale Forschungsstrategie aufsetzen und Maßnahmen entwickeln, die Betroffene gezielt unterstützen, etwa bei Kinderwunsch. Außerdem sollen die Ergänzung des Einheitlichen Bewertungsmaßstabes für Ärztinnen und Ärzte (EBM) um Zusatzpauschalen für Diagnostik und Nachsorge, die bundesweit einheitliche GdB-Bewertung inklusive Adenomyose sowie der Aufbau einer zentralen Webseite „Frauengesundheit" geprüft werden.

Der Landtag fordert die saarländische Landesregierung auf,

- sich beim Bund dafür einzusetzen, dass das Saarland als Modellregion für eine flächendeckende Endometrioseversorgung gefördert wird. Im Rahmen der Modellregion soll zudem die Ausbildung und Einführung spezialisierter „EndoNurses" - Pflegefachkräfte für Endometriose und gynäkologische Erkrankungen, etwa nach dem Vorbild der Charité - auf gynäkologischen Stationen erfolgen, die wissenschaftlich begleitet und durch den Bund finanziert wird.

- im Rahmen der Gleichstellungsstrategie folgende Maßnahmen zu intensivieren:

  - die Verbreitung geschlechtsspezifischen Gesundheitswissens in der Bevölkerung (z. B. durch öffentliche Veranstaltungen, Info-Kampagnen und Nutzung von pädagogisch geeigneten Unterrichtsmaterialien zu Menstruationsbeschwerden),

  - regelmäßige Informations- und Präventionsmaßnahmen gemeinsam mit PuGiS e.V. und Fachakteurinnen und Fachakteure,

  - die Thematisierung von Menstruationsbeschwerden und Endometriose im Unterricht;

- weitere frauenspezifische Erkrankungen in die Gleichstellungsstrategie und die Gesundheitspolitik des Landes aufzunehmen. Hierzu zählen etwa Myome, PMS/PMDS, Inkontinenz, Uterusmyome oder chronische Harnwegserkrankungen, die bislang gesellschaftlich wenig Beachtung finden;

- die Endometrioseforschung im Saarland gezielt zu unterstützen. Das Zentrum für geschlechtsspezifische Biologie und Medizin an der Universität des Saarlandes wird dabei unterstützt, in Zusammenarbeit mit dem Endometriosezentrum an der Universitätsklinik in Homburg sowie weiteren Forschungspartnerinnen und Forschungspartnern gezielt Studien zur Ursachenforschung, Diagnostik und Therapie (z. B. nicht-hormonelle Ansätze, Biomarker) durchzuführen. Dazu sollen entsprechende Fördermittel aus Bundes- und EU-Töpfen beantragt werden;

- die Etablierung eines weiteren Endometriosezentrums im Saarland zur flächendeckenden Versorgung von Endometriose-Patientinnen und -Patienten zu prüfen und gegebenenfalls im Krankenhausplan zu berücksichtigen;

- sich für eine stärkere Berücksichtigung der Themen Menstruationsbeschwerden und Endometriose im Unterricht und schulischen Bildungsmedien einzusetzen;

- bei den Verfahren des Betrieblichen Gesundheitsmanagements (BGM) Endometriose stärker zu berücksichtigen und damit eine Vorbildrolle für öffentliche und private Arbeitgeber einzunehmen;

- eine stärkere Verankerung von Endometriose und geschlechtersensibler Medizin in der Aus-, Fort- und Weiterbildung der Gesundheitsfachberufe anzustreben und sich hierzu auf Bundesebene für eine Weiterentwicklung der Approbationsordnung sowie der Curricula in Gesundheits- und Heilberufen einzusetzen;

- sich auf Landesebene für Fortbildungsangebote für Hausärztinnen und Hausärzte, Gynäkologinnen und Gynäkologen sowie schulische Akteurinnen und Akteure einzusetzen.

Der Landtag des Saarlandes fordert daher die Bundesregierung auf,

- in den Wortlaut von § 116b SGB V die chronisch-entzündliche Erkrankung „Endometriose" aufzunehmen und eine ASV-Richtlinie „Multimodale Behandlung der Endometriose" nach § 116b SGB V durch den G-BA anzustoßen;

- die Aufnahme von Endometriose (ICD N80) als chronisch-entzündliche Erkrankung der Gebärmutterschleimhaut in die Heilmittelverordnung als „langfristiger Heilmittelbedarf" zu prüfen;

- eine stärkere Verankerung von Endometriose und geschlechtersensibler Medizin in der Aus-, Fort- und Weiterbildung in den Approbationsordnungen und der Curricula in Gesundheits- und Heilberufen umzusetzen;

- die rechtlichen Voraussetzungen für die Etablierung von EndoNurses in der Endometrioseversorgung zu schaffen, deren Tätigkeitsfelder sowie Ausbildung klar zu regeln und eine Vergütung im Rahmen der GKV über Modellvorhaben (§ 140a SGB V) oder koordinierte Versorgung (§ 63 SGB V) sicherzustellen.

- die Kommunikation geschlechterdifferenzierter Gesundheitsdaten über die Plattform der Gesundheitsberichterstattung (GBE-Bund) zu stärken;

- das Saarland als Modellregion für eine flächendeckende Endometrioseversorgung zu etablieren und zu fördern.

B e g r ü n d u n g :

Erfolgt mündlich.